

amtliche Bekanntmachung

009 K 007/23



AMTSGERICHT BÜNDE

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 12.06.2024, 9.00 Uhr,
im Amtsgericht Bünde, Hangbaumstraße 19, Raum 1**

das im Grundbuch von Ahle Blatt 229 eingetragene Grundstück

Grundbuchbezeichnung:

lfd. Nr. 1: Gemarkung Ahle Flur 4 Flurstück 132, Gebäude- und Freifläche,
Imperialstraße 7, 916 qm groß

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein Grundstück, 916 m² groß, bebaut mit einem 2-Familienwohnhaus (Baujahr 1956/94, ca. 151 m² Wohnfläche, nebst Garage mit Abstellraum und Holzgartenhaus, Renovierungsstau besteht.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 20.07.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 190.000,00 EUR festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten

anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Bünde, 18.03.2024